

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **25.01.2007** im Ratssaal des Schlosses, Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

16.WP/Rat/004

Beginn öffentlicher Teil: 19:04 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 22:08 Uhr
Ende vertraulicher Teil: Uhr

Anwesend:

Bürgermeister

Stimmberechtigtes Ratsmitglied Baxmann, Alfred

Ratsvorsitzender

Walter, Klaus-Dieter

1. stellv. Bürgermeisterin

1. stellv. Ratsvorsitzende Weilert-Penk, Christa

2. stellv. Bürgermeister

2. stellv. Ratsvorsitzender Unverzagt, Hartmut

Ratsherren/-frauen

Alker, Rudolf

Braun, Hartmut

Degenhard, Walter

Ethner, Regina

Fleischmann, Michael

Gärtner, Bodo

Gersemann, Christiane

Gilke, Anette

Heldt, Gabriele

Hinz, Gerald

Hunze, Carl

Leppert, Florian

Leunig, Alexander

Leykum, Maria

Lüddecke, Dieter

Meinig, Birgit

Morich, Hans-Dieter

Obst, Wolfgang

Pilgrim, Adolf-W.

Plaß, Barthold

Rickert, Heidrun

Rohde, Paul

Rück, Stefanie

Schrader, Karl-Ludwig

Schulz, Kurt-Ulrich

Wackerbeck, Ursula

Weber, Ulrike

ohne TOP 12 - 14

ohne TOP 6

ohne TOP 6

ab TOP 2

Wunn, Ina Prof. Dr. Dr.
Zielonka, Holger Dr.

Verwaltung

Baurätin z. A.	Gottlieb, Julia
Bauoberamtsrat	Herbst, Rainer
Stadtoberinspektor	Nowitzke, Rainer
Gleichstellungsbeauftragte	Pape, Petra
Stadtrat	Philipps, Lutz
Stadtamtsrat	Rode, Hans
Dipl.-Oec.	Scholz, André
Stadtoberamtsrat (RPA)	Voutta, Jens

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen des Rates vom 02.11. und 07.12.2006
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
5. Parkraumbewirtschaftung - Parken in der Innenstadt
-Antrag der CDU Stadtratsfraktion vom 13.12.2006, gestellt durch Herrn Carl Hunze-
Vorlage: 2006 0083
6. Kürzungen bei Bussen und Bahnen im Raum Burgdorf;
Antrag 'Das Linksbündnis Burgdorf' vom 10.01.2007
Vorlage: 2007 0088
7. Vergabe von Bauaufträgen der Stadt Burgdorf;
Antrag der FDP-Fraktion vom 10.01.2007
Vorlage: 2007 0090
8. Resolution des Rates;
hier: Aufruf gegen Rechtsextremismus
Vorlage: 2007 0089
9. Ergänzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport;
hier: Elternvertreter / Vertretung für den Bereich 'Kultur'
Vorlage: 2007 0087
10. 38. Änderung des Flächennutzungsplans (Ehem. Entzinnungswerk), Feststellung
Bezugsvorlage 00675/05/2006 Entwurf
Vorlage: 2006 0075

11. Bebauungsplan Nr. 0-81 "Ehemaliges Entzinnungswerk", Satzung
Bezugsvorlage Nr. 00675/04/2006
Vorlage: 2006 0074
12. Bebauungsplan 0-45/2 "An der Mösch", Einleitung
Bezugsvorlage 2006 0080 (Veränderungssperre)
Vorlage: 2006 0079
13. 1. Veränderungssperre zum Bebauungsplan 0-45/2 "An der Mösch", Satzung
Bezugsvorlage 2006 0079 (Einleitung)
Vorlage: 2006 0080
14. Städtebaulicher Vertrag zur Errichtung eines Einzelhandelsobjektes auf dem Grundstück Schillerslager Landstr. 1
Vorlage: 2007 0091
15. Präventionsrat der Stadt Burgdorf;
Berufung des Vorsitzenden der Lenkungsgruppe/der Mitglieder des Präventionsrates, der Mitglieder der Arbeitskreise sowie der Vertreter der im Stadtrat vertretenen Fraktionen im Präventionsrat für die 16. Wahlperiode
Vorlage: 2006 0081 und 2007 0081/1

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

(Vor Beginn der Tagesordnung im öffentlichen Teil)

Die Fragen und Antworten sind dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Ratsvorsitzender Walter eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Ohne weitere Änderungen wurde die Tagesordnung mit 32 Ja-Stimmen bei 1 Stimmenthaltung **beschlossen**.

2. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen des Rates vom 02.11. und 07.12.2006

Herr Rohde erklärte, dass er der Protokollgenehmigung diesmal nicht zustimmen werde. Er kritisiere die Fertigungsdauer und die Länge des Protokolls. Seines Erachtens entspreche dies nicht den Vorgaben der Geschäftsordnung. Die Ausführungen des geehrten Ratsmitgliedes seien viel zu umfassend dargestellt worden. Auch seien die Diskussionen über den Antrag „Kein Essensgeld

für sozial schwache Familien“ zu lang und völlig unnötig wiedergegeben worden. Entsprechende Diskussionen gehörten in die Fachausschüsse. Generell sollte man sich etwas kürzer fassen und die Diskussionen über Anträge, die zur Überweisung anstünden, sollten im Protokoll nicht wiedergegeben werden.

Bürgermeister Baxmann bedauerte die lange Bearbeitungszeit des Protokolls, machte aber zugleich deutlich, dass diese Aufgabe vom zuständigen Sachbearbeiter gewissermaßen nebenbei, d. h. neben einer Reihe weiterer wichtiger Arbeiten, erledigt werden müsse. Auch habe das Protokoll der Konstituierenden Ratssitzung Ausführungen zu 50 Tagesordnungspunkten auf 32 Seiten enthalten. Allein schon durch Art und Umfang der zu fassenden Beschlüsse sei eine verkürzte Darstellung nicht möglich gewesen.

Anschließend wurde die Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 02.11.2006 mit 32 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme **genehmigt**.

Hinsichtlich der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt Burgdorf vom 07.12.2006 teilte **Frau Gersemann** mit, dass ihr Redebeitrag auf Seite 19/4 Absatz zu TOP 14 wie folgt lauten müsste:

„Frau Gersemann erklärte, dass in den Sondierungsgesprächen über ein mögliches politisches Zusammengehen von Seiten der FDP der Begriff „Sahnehäubchen-Politik“ gefallen sei. Diese Bewertung des SPD-Antrages weise sie entschieden zurück.“

Mit dieser Änderung wurde das Protokoll über die Ratssitzung am 07.12.2006 mit 32 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung **genehmigt**.

3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Ratsvorsitzender Walter ehrte den Vorsitzenden der CDU-Ratsfraktion, Herrn Wolfgang Obst, für dessen engagierte 25-jährige Mitgliedschaft im Rat der Stadt Burgdorf und überreichte ihm die goldene Ehrennadel, eine Urkunde und einen Blumenstrauß. Herr Obst habe sich stets mit großem Engagement in demokratischer Art und Weise für das Allgemeinwohl eingesetzt und dafür auch seine Freizeit geopfert.

Herr Obst richtete seinen Dank zunächst an die Wählerinnen und Wähler in Burgdorf, die ihm nun schon viele Male durch ihre Stimme das Vertrauen ausgesprochen hätten. Die Tätigkeit als Ratsmitglied sei sehr interessant. Die Vielfalt der Informationen, Gespräche und Diskussionen in den Fachausschüssen trüge dazu bei, sich mit vielen Dingen genauer und intensiver zu beschäftigen als dies normalerweise der Fall sei. Sein Dank gelte insbesondere seiner Familie und seiner Frau, die ihm während der kommunalpolitischen Arbeit immer den Rücken freigehalten habe. Ferner wolle er den Kolleginnen und Kollegen des Rates und den Mitarbeitern der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit in den zurückliegenden Jahren danken. In seinem Amt als Fraktionsvorsitzender werde er auch weiterhin gegen Jedermann Fairness walten lassen.

Der stellv. Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, **Herr Rohde**, wies darauf hin, dass Herr Obst in den letzten 25 Jahren nicht nur im Rat gesessen, sondern dort auch intensiv gearbeitet habe. Stets sei er einer der fleißigsten Ratsmitglieder gewesen, geachtet von allen Fraktionen, ausgleichend und zielorientiert, niemals populistisch wirkend. Herr Obst sei eine Bereicherung für den Rat, die Zusammenarbeit mit ihm habe immer viel Freude gemacht.

Anschließend gratulierten auch die anderen Ratsfraktionen Herrn Obst und überreichten Blumensträuße.

4. **Anfragen gemäß Geschäftsordnung**

- K E I N E -.

5. **Parkraumbewirtschaftung - Parken in der Innenstadt** **-Antrag der CDU Stadtratsfraktion vom 13.12.2006, gestellt durch** **Herrn Carl Hunze-** **Vorlage: 2006 0083**

Herr Hunze verlas und begründete den als **Anlage A** zum Originalprotokoll beigefügten Antrag der CDU-Ratsfraktion. Ergänzend wies er darauf hin, dass die Vorschläge bereits vom Verein Stadtmarketing(SMV) erarbeitet worden seien. Der vorliegende Antrag, der in den Ausschuss für Umwelt und Verkehr überwiesen werden solle, diene dazu, die Umsetzung der Maßnahme zu beschleunigen.

Unter Hinweis auf die CIMA-Studie erklärte **Herr Lüddecke**, dass seine Fraktion den Antrag unterstütze. Es sei neben den vorhandenen freien Parkplätzen zusätzlicher Parkraum notwendig, insbesondere samstags, wenn auswärtige Besucher nach Burgdorf zum Einkaufen kämen. Der Vorschlag mit der Brötchentaste sei nicht ganz unumstritten, weshalb man diese Maßnahme zunächst für die Dauer eines Jahres erproben sollte.

Herr Pilgrim erklärte, dass die Arbeitsgruppe „Parken in der Innenstadt“ des Vereins Stadtmarketing, der er angehöre, dem Vorstand des SMV nach längeren Diskussionen verschiedene Vorschläge unterbreitet habe. Es sei abgesprochen gewesen, dass der SMV diese Vorschläge direkt an die Stadt herantragen sollte. Der jetzt vorliegende überraschende CDU-Antrag sei unfair, weil man sich nicht an diese Verabredung gehalten habe.

Bürgermeister Baxmann erklärte, dass sowohl die Verwaltung als auch der Vorstand des Vereins Stadtmarketing über den Antrag irritiert gewesen seien, da bei allen Beteiligten Einvernehmen bestanden habe, dieses Thema aus der politischen Konkurrenzdiskussion herauszuhalten. Dem Stadtmarketing sei deutlich geworden, dass eine Parkraumbewirtschaftung notwendig sei und eine völlige Freigabe der Parksituation dem Einzelhandel vor Ort keine Vorteile bringen würde. Auch hinsichtlich der Wirkung der sogenannten „Brötchentaste“ sei er, in Kenntnis der Erfahrungen aus anderen Kommunen, durchaus skeptisch. Für den Haushalt 2007 habe die Verwaltung 17.000 € Einnahmeverluste einkalkuliert, um damit das freie Parken an Samstagen zu ermöglichen. Die zusätzlichen Einnahmeverluste durch die „Brötchentaste“ seien kaum zu kalkulieren. Er warne deshalb trotz des derzeit ausgeglichenen Haushaltes vor einer Inflation von Wünschen, die auf Dauer nicht befriedigt werden könnten. Bei allen Vorschlägen sollte auch der Einzelhandel bzw. der AKEB in die Pflicht genommen werden. Allein die Umrüstung der Automaten für die jetzt vorgesehenen Maßnahmen würde mit 3.000 - 4.000 € zu Buche schlagen. Es sei vorstellbar, dass sich der Einzelhandel zumindest daran beteilige. Die weitere technische Umrüstung der Automaten auf die sogenannte „Brötchentaste“ würde geschätzt nochmals 4.000 € kosten. Wenn diese Maßnahme nur als

zeitlich begrenztes Experiment durchgeführt werden sollte, müsse man sich fragen, ob dafür tatsächlich Geld in dieser Höhe ausgegeben werden sollte. Er appelliere deshalb an die Politik, gemeinsam mit dem Stadtmarketing-Verein ein vernünftiges und finanzierbares Konzept der Parkraumbewirtschaftung anzustreben.

Herr Leunig stellte den Antrag auf Schließung der Rednerliste gemäß Geschäftsordnung.

Herr Braun vertrat die Auffassung, dass, wenn es zukünftig mehr freie Parkmöglichkeiten gegeben würde, es auch zu häufigerem Suchverkehr durch private Kraftfahrzeuge komme. Dadurch wären die durch die Sperrung der Innenstadt für Lkw erreichten Immissionseinsparungen sofort wieder zunichte gemacht. Der Schützenplatz reiche vollständig zum freien Parken aus. Seine Fraktion könne deshalb dem Antrag nichts Positives abgewinnen.

Herr Fleischmann machte den Vorschlag, in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr darüber nachzudenken, was dagegen sprechen würde, in der Innenstadt zusätzliche Parkplätze z. B. im Bereich von ALDI einzurichten. Kostenlose Parkmöglichkeiten seien nur dann positiv, wenn diese auch tatsächlich in ausreichender Anzahl vorhanden seien.

Herr Hunze stellte noch einmal klar, dass er seinen Antrag nur deshalb gestellt habe, weil trotz wochenlanger Diskussionen von Seiten des Stadtmarketing-Vereins keinerlei Anträge an Politik und Verwaltung herangetragen wurden.

Herr Pilgrim regte an, den Antrag wegen der finanziellen Auswirkungen zusätzlich noch in den Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen zu überweisen.

Danach fasste der Rat den **einstimmigen Beschluss**, den Antrag in die Ausschüsse für Umwelt und Verkehr sowie für Wirtschaft und Finanzen zu überweisen.

6. **Kürzungen bei Bussen und Bahnen im Raum Burgdorf; Antrag 'Das Linksbündnis Burgdorf' vom 10.01.2007 Vorlage: 2007 0088**

Herr Fleischmann begründete seinen als Anlage B zum Originalprotokoll beigefügten Antrag und richtete schwere Vorwürfe an die Fraktionen von SPD und Grünen in der Regionsversammlung, weil diese entgegen anders lautender Beteuerungen ständig die Fahrpreise im öffentlichen Personennahverkehr erhöhen würden. Insbesondere bei den Grünen gebe es Politiker, die die früheren politischen Überzeugungen in Bezug auf den ÖPNV völlig aufgegeben hätten.

Herr Alker bezeichnete die Grundidee seines Vorredners als in Ordnung, kritisierte aber die Art und Weise des Redebeitrags. Tatsache sei, dass die Einsparvorgabe des Bundes in Höhe von 280 Mio. € von einigen Bundesländern, leider aber nicht in Niedersachsen, in vollem Umfang aufgefangen würde. Bei der Region habe man eine Prüfung zwischen zwei Varianten vorgenommen. Zurzeit in der Diskussion sei noch eine Teilkompensation mit ca. 2,7 bis 3,7 Mio. € Einsparung. Die SPD-Fraktion in der Region prüfe derzeit alle Möglichkeiten. Man werde versuchen die Einsparziele möglichst so verträglich wie möglich umzusetzen, entschieden sei allerdings noch nichts. Die weiteren von

Herrn Fleischmann vorgebrachten Vorwürfe in Richtung Zoo und Wirtschaftsförderung könne er in dieser Form allerdings nicht akzeptieren. Man werde den Antrag im Fachausschuss genauer diskutieren und dabei die Verantwortlichkeiten in Richtung Bund und Land stärker hervorheben.

Herr Lüddecke bezeichnete den Antrag als populistisch und nahm die Wirtschaftsförderung der Region gegen die Kritik von Herrn Fleischmann in Schutz. Auch sei es falsch, den öffentlichen Personennahverkehr in bisheriger Weise mit der gleichen Finanzausstattung fortzusetzen. In den entsprechenden politischen Gremien werde man zusammen mit der Regionsverwaltung zu diskutieren haben, an welchen Stellen Einsparungen möglich seien, wobei es selbstverständlich sei, dass sich Herr Alker und er dafür einsetzen würden, dass Burgdorf nicht gegenüber anderen betroffenen Kommunen benachteiligt werde.

Herr Obst äußerte Verständnis dafür, dass Herr Fleischmann den Antrag in den Rat eingebracht habe, weil dieser bekanntlich nicht im Fachausschuss vertreten sei. Von der Sache her sei er dafür, nach den von der Regionsverwaltung vorgelegten Zahlen zu prüfen, welche Züge auch wochentags wegen mangelnder Auslastung gestrichen werden könnten. Es dürfe keine pauschalen Kürzungen bei den Wochenendverbindungen geben. Ferner bitte er darum, dass den Mitgliedern des Fachausschusses die Zahlen der Region zur Verfügung gestellt werden, damit auf dieser Grundlage eine genauere Diskussion möglich wird. Die in dem Antrag zum Ausdruck gekommene Problematik sollte daher im Fachausschuss beraten werden.

Herr Unverzagt hob hervor, dass er die Art und Weise, wie der Antrag von Herrn Fleischmann vorgetragen wurde, nicht gut heißen könne. Es müsse hier eine sachliche Diskussion möglich sein. Nur auf dieser Basis könne er einer Überweisung in den Fachausschuss zustimmen.

Herr Braun erklärte, dass die Entscheidung letztendlich bei der Region liege und die Stadt Burgdorf für diese Entscheidung nur Argumente und das notwendige Material liefern könne. Adressat einer Resolution könne nur das Land bzw. der Bund sein, um deutlich zu machen, dass man bei einer Kürzung des ÖPNV nur die Schwächsten der Gesellschaft treffen würde. Bedingt durch die verstärkten Mehrwertsteuereinnahmen wäre zumindest eine Teilkompensation durch das Land Niedersachsen möglich.

Herr Fleischmann ergänzte, dass mit seinem Antrag ein Nachdenken bei der Region über anderweitige Einsparmöglichkeiten erzeugt werden solle, damit die Kürzungen nicht allein die Fahrgäste ausbaden müssten.

Herr Lüddecke stellte fest, dass nach der bisherigen Diskussion die Ratsfraktionen einer Überweisung des Antrages in den Fachausschuss nicht zustimmen könnten, es sei aber möglich, dass die Problematik im Fachausschuss behandelt werde.

Der Rat fasste den einstimmigen Beschluss, dass Problem der geplanten Kürzungen bei Bussen und Bahnen im Raum Burgdorf im Ausschuss für Umwelt und Verkehr weiter zu beraten.

7. **Vergabe von Bauaufträgen der Stadt Burgdorf;
Antrag der FDP-Fraktion vom 10.01.2007
Vorlage: 2007 0090**

Herr Lüddecke verlas und begründete den als **Anlage C** zum Originalprotokoll beigefügten Antrag der FDP-Ratsfraktion. 80 % der Aufträge in der Stadt und der Region Hannover würden an auswärtige Firmen vergeben, dies sei nicht sinnvoll. In der Region München sei dies genau umgekehrt. Die Umsetzung des Runderlasses biete daher für alle Beteiligten nur Vorteile.

Herr Dr. Zielonka stellte heraus, dass es hilfreich sei, über die Angelegenheit zu diskutieren, um alle für Burgdorf möglichen Handlungsspielräume zu nutzen. Er gab allerdings zu bedenken, welche Auswirkungen es hätte, wenn z. B. die Stadt Hannover ihre Aufträge nur an im Stadtgebiet ansässige Unternehmen vergeben würde. Dadurch würden auch viele Burgdorfer Unternehmen wirtschaftliche Nachteile erleiden.

Herr Hunze begrüßte den Antrag und erklärte, dass der Erlass für die Anwender eine Erleichterung bringen solle. Dennoch müssten weiterhin alle gesetzlichen Vorschriften wie etwa die VOB beachtet werden.

Danach wurde der Antrag vom Rat **einstimmig** in den Bauausschuss und den Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen überwiesen.

8. **Resolution des Rates;
hier: Aufruf gegen Rechtsextremismus
Vorlage: 2007 0089**

Bürgermeister Baxmann erinnerte daran, dass es sich bei der Resolution um einen Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes handele. In Burgdorf seien derzeit keine erkennbaren rechtsradikalen Tendenzen vorhanden, was allerdings nicht ausschließe, dass sich dies irgendwann wieder ändern könne. Die zu fassende Resolution sei Teil einer gesellschaftlichen Verantwortung, der sich auch die Stadt Burgdorf stellen müsse.

Nachdem er die Resolution verlesen hatte, fasste der Rat den folgenden **einstimmigen Beschluss**:

„Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt die nachfolgende Resolution - Aufruf gegen Rechtsextremismus -:

Der Rat **der Stadt Burgdorf** stellt fest, dass rechtsextremistisch motivierte Aktivitäten und Diskriminierungen eindeutig im Widerspruch zu dem in Artikel 1 Grundgesetz garantierten Schutz der Menschenwürde und dem in Artikel 3 enthaltenen Gleichbehandlungsgebot stehen.

Deshalb:

- verpflichtet sich der Rat **der Stadt Burgdorf** im Rahmen seiner Möglichkeiten alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um jeder Art von rechtsextremistischen Aktivitäten entgegenzuwirken.
- fordert der Rat **der Stadt Burgdorf** alle Bürgerinnen und Bürger sowie alle ansässigen oder tätigen Vereine und Verbände, Gruppen und Initiativen, Kirchen, Unternehmen, Betriebsräte, Behörden, Institutionen auf,

sich dieser Selbstverpflichtung anzuschließen. Wir brauchen ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen Rassismus und Gewalt.

- wird der Rat **der Stadt Burgdorf** Maßnahmen ergreifen und unterstützen, die in Schulen und Jugendeinrichtungen die demokratische Entwicklung fördern und Jugendliche und junge Erwachsene in der Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Aktivitäten stärken.
- fordert der Rat **der Stadt Burgdorf** die Bundesregierung und die Landesregierung auf, verstärkt Aufklärung über rechtsextremistische Aktivitäten zu organisieren und Initiativen gegen Rechtsextremismus zu unterstützen.

Der Rat **der Stadt Burgdorf** ruft alle Bürgerinnen und Bürger **unserer Stadt** auf, gemeinsam deutlich Zivilcourage zu zeigen:

- Verwehren Sie sich gegen diskriminierende und rassistische Äußerungen.
- Schauen Sie bei Übergriffen von Rechtsextremismus nicht weg.
- Rufen Sie bei rechtsextremistischen Straftaten unverzüglich die Polizei.
- Treten Sie aktiv gegen Ausgrenzung und für ein friedliches Zusammenleben ein.

**9. Ergänzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport;
hier: Elternvertreter / Vertretung für den Bereich 'Kultur'
Vorlage: 2007 0087**

Herr Leunig äußerte seinen Unmut darüber, dass sich der Stadtschülerrat immer noch nicht konstituiert habe. Die Verwaltung solle an die Schulleitungen schreiben und diese bitten, die Schülerinnen und Schüler dazu zu motivieren, die ihnen zustehenden demokratischen Rechte zur Interessenwahrung aller Schüler auch tatsächlich auszuüben. Er hoffe, dass zumindest bis zur nächsten Schulausschusssitzung die entsprechenden Vertreter benannt werden.

Auch **Frau Meinig** äußerte das Bedauern ihrer Fraktion darüber, dass es nicht gelungen sei, die Schülervertreter für den Fachausschuss in der heutigen Sitzung zu berufen. Sie appelliere deshalb an die Schulleitungen, die Bedeutung der demokratischen Mitwirkungsmöglichkeit bei den Schülerinnen und Schülern bewußt zu machen. Vielleicht könnte im Arbeitskreis Schulen des Präventionsrates diskutiert werden, welche Möglichkeiten es gibt, Jugendliche für ein politisches Engagement zu begeistern.

Bürgermeister Baxmann erklärte, dass die Verwaltung diesbezüglich nur geringe Einwirkungsmöglichkeiten habe. Man werde aber nochmals die Schulleitungen ansprechen.

Herr Rohde erkundigte sich, was unter den auf Seite drei der Vorlage genannten „Kulturvereinen“ zu verstehen sei.

Stadtratsrat Rode führte aus, dass man den VVV, Scena, den Heimatbund und den Kultur- und Förderkreis Ramlingen-Ehlershausen angeschrieben habe, nicht jedoch die „Jazzfreunde Burgdorf“.

Herr Rohde erklärte, dass sich die Verwaltung die Auswahl etwas zu einfach gemacht habe. Um hier ein Zeichen zu setzen, werde er gegen die Vorlage stimmen.

Danach fasste der Rat mit 32 Ja-Stimmen bei 1 Nein-Stimme den **nachfolgenden Beschluss**:

Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt den in der Vorlage Nr. 2007 0087 zu b) formulierten Beschluss.

Die Zusammensetzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport wird als **Anlage 2** der Niederschrift beigelegt.

10. **38. Änderung des Flächennutzungsplans (Ehem. Entzinnungswerk),
Feststellung
Bezugsvorlage 00675/05/2006 Entwurf
Vorlage: 2006 0075**

Herr Schulz erklärte, dass er dieser sowie der folgenden Vorlage nicht zustimmen könne, da er das Problem darin sehe, dass das Gelände des ehem. Entzinnungswerkes in unmittelbarer Nähe des Grundwassererfassungsbereichs des Burgdorfer Wasserwerkes liege. Man wisse überhaupt noch nicht, welche Firma in Zukunft auf diesem Gelände angesiedelt werde. In den textlichen Festlegungen zum Bebauungsplan werde mit Einschränkungen ausgeführt, dass der Handel mit wassergefährdenden Stoffen zulässig sei. Eine Bauleitplanung an dieser Stelle müsse hinter der Sicherung des Grundwassers zurückstehen. Nicht zuletzt wegen der EU-Wasserrahmenrichtlinie sehe er hier ein zu großes Risiko, die Bauleitplanung zu beschließen.

Herr Dr. Zielonka bezeichnete es als sinnvoll dem Verfahren zuzustimmen, um eine Nachnutzung des Geländes als Gewerbegebiet zu ermöglichen, obwohl die Nähe zu den Wassergewinnungsbrunnen der Stadtwerke und zu dem beantragten Wasserschutzgebiet „Im Radhoop“ bestehe.

Vor der Einleitung des baurechtlichen Verfahrens sei nach Stilllegung des Entzinnungswerkes mit dem Abbau der oberirdischen Anlagen und der Fundamente begonnen worden. Die Bodenuntersuchungen hätten seinerzeit ergeben, dass keine unmittelbare Gefahr für das Grundwasser bestanden habe, was mittel- oder langfristig jedoch nicht ausgeschlossen werden konnte, weil eine Verpflichtung des Eigentümers zur Bodensanierung kaum durchsetzbar gewesen wäre. Im Zuge des Nachnutzungsverfahrens sei die Bodensanierung dann erfolgt. Bei der Bebauungsplanung würden die Anforderungen zu einer verbindlichen Festschreibung des Zustandes einer Wasserschutzgebietszone 3 hinzukommen. Insgesamt werde man damit einen besseren Schutz für das Grundwasser als bisher haben. Die SPD-Fraktion werde den Vorlagen zustimmen.

Herr Hunze erklärte, dass auch seine Fraktion den Vorlagen zustimmen werde, weil man damit insgesamt das Bestmögliche erreichen könne.

Dem pflichtete auch **Herr Schrader** bei.

Anschließend fasste der Rat mit 28 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 4 Stimmenthaltungen den **nachfolgenden Beschluss**:

Der Rat nimmt Kenntnis von den Ergebnissen der Beteiligungsverfahren,

- der in der Zeit vom 28.06. bis 12.07.2005 durchgeführten frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB,
- der mit Schreiben vom 16.06.2005 durchgeführten frühzeitigen Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB,
- der in der Zeit vom 11.10. bis 13.11.2006 durchgeführten öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB,
- der mit Schreiben vom 05.10.2006 durchgeführten Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB,

und beschließt die in der Begründung, Teil 3, Abschnitt A und B beschriebenen Abwägungsvorgänge.

b) **Feststellungsbeschluss:**

Der Rat beschließt unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Beteiligungsverfahren und der Ergebnisse der Umweltprüfung die 38. Änderung des Flächennutzungsplans in der Fassung vom 23.11.2006.

Der Rat beschließt der Flächennutzungsplanänderung beizufügen

- die Begründung in der Fassung vom 23.11.2006 und
- die Zusammenfassende Erklärung, die in der Begründung, Teil 3, Abschnitt C wiedergegeben ist.

**11. Bebauungsplan Nr. 0-81 "Ehemaliges Entzinnungswerk", Satzung
Bezugsvorlage Nr. 00675/04/2006
Vorlage: 2006 0074**

Mit 29 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 3 Stimmenthaltungen fasste der Rat den **nachfolgenden Beschluss:**

Der Rat beschließt:

a) Der Rat nimmt Kenntnis von den Ergebnissen der Beteiligungsverfahren,

- der in der Zeit vom 28.06. bis 12.07.2005 durchgeführten frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB,
- der mit Schreiben vom 16.06.2005 durchgeführten frühzeitigen Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB,
- der in der Zeit vom 11.10. bis 13.11.2006 durchgeführten öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB,
- der mit Schreiben vom 05.10.2006 durchgeführten Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB,

und beschließt die in der Begründung, Teil 3, Abschnitt A und B beschriebenen Abwägungsvorgänge.

b) Satzungsbeschluss:

Der Rat beschließt unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Beteiligungsverfahren und der Ergebnisse der Umweltprüfung den Bebauungsplan Nr. 0-81 „Ehemaliges Entzinnungswerk“ in der Fassung vom 23.11.2006 als Satzung.

Der Rat beschließt dem Bebauungsplan beizufügen

- die Begründung in der Fassung vom 23.11.2006 und
- die Zusammenfassende Erklärung, die in der Begründung, Teil 3, Abschnitt C wiedergegeben ist.

**12. Bebauungsplan 0-45/2 "An der Mösch", Einleitung
Bezugsvorlage 2006 0080 (Veränderungssperre)
Vorlage: 2006 0079**

Herr Morich führte aus, dass er die heutige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in der Einwohnerfragestunde als sehr positiv empfunden habe. Aktuell könne er noch berichten, dass das Bäckergeschäft im Ärztezentrum dort verbleiben werde, leider werde auch der Schlachter zusammen mit dem Plus Markt schließen. Für die Bürger in der Weststadt sei ein Einkaufsmarkt „An der Mösch“ die denkbar schlechteste Lösung. Die Kritik von Herrn Fleischmann am Edeka-Center bezeichnete er als unberechtigt. Deshalb sei es jetzt wichtig, dass in den leerstehenden Räumlichkeiten ein neuer Verbrauchermarkt angesiedelt werde. Nach seinen Berechnungen würden die Bewohner aus der Weststadt, wenn sie z. B. am Ostlandring einkaufen müssten, jährliche Strecken von 500 - 700 km zurücklegen. Insbesondere ältere und behinderte Menschen hätten überhaupt keine Möglichkeit mehr einzukaufen. Hier sollte man, ähnlich wie beim Frauen-Nachttaxi, überlegen, ob nicht Einkaufsservicefahrten angeboten werden müssten.

Frau Weilert-Penk bezeichnete eine bürgernahe Versorgung für die Weststadt als sehr wichtig und warb noch einmal für die Veränderungssperre. Erst nach Vorliegen eines Einzelhandelskonzepts könnten hier weitere Planungen vorgenommen werden.

Herr Obst erinnerte an die Ursachen, die zur Schließung des Plus-Marktes geführt hätten. Das Einkaufsverhalten der Bürger habe sich in den letzten Jahren zunehmend verändert. Die Frage, was unter dem Begriff „Nahversorger“ zu verstehen sei, könne nur durch eine gesamtplanerische Konzeption beantwortet werden. Auch in anderen Bereichen der Stadt und in den Ortsteilen gebe es keine Nahversorgung mit Geschäften. Die CDU-Fraktion werde der heutigen Vorlage zustimmen.

Unter Hinweis auf die politische Verantwortung für die Gesamtstadt erklärte **Herr Schrader**, dass die FDP-Fraktion ebenfalls zustimmen werde.

Herr Fleischmann hob noch einmal hervor, dass man froh sein könne, dass ein Investor im Bereich „An der Mösch“ ein Geschäft eröffnen wolle. Man solle das Angebot prüfen und sich damit auseinandersetzen, zumal der entsprechende Ratsbeschluss kaum mehr rückgängig zu machen sei. Er sehe nur positive Argumente für den Standort „Mösch“ und beantrage deshalb die Tagesordnungspunkte 12 u. 13 in den Bauausschuss zurück zu überweisen.

Dieser Antrag wurde mit 31 Nein-Stimmen bei 1 Ja-Stimme abgelehnt.

Nach Beendigung der Aussprache fasste der Rat mit 31 Ja-Stimmen bei 1 Nein-Stimme den **nachfolgenden Beschluss**:

Der Rat stimmt dem in der Vorlage erläuterten Planungsziel für den Bebauungsplan Nr. 0-45/2 „An der Mösch“ zu.

13. **1. Veränderungssperre zum Bebauungsplan 0-45/2 "An der Mösch",
Satzung
Bezugsvorlage 2006 0079 (Einleitung)
Vorlage: 2006 0080**
-

Baurätin z. A. Gottlieb wies daraufhin, dass am Schluss der der Vorlage beigefügten Satzung folgendes geändert werden müsse:

„... wenn sie nicht innerhalb eines Jahres geltend gemacht worden sind,....“

Mit dieser Änderung fasste der Rat mit 31 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme den **nachfolgenden Beschluss:**

Der Rat beschließt auf Grund der §§ 14 und 16 des Baugesetzbuchs (BauGB) i.V.m. § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) die der Vorlage anliegende 1. Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 0-45/2 „An der Mösch“ als Satzung.

14. **Städtebaulicher Vertrag zur Errichtung eines Einzelhandelsobjektes auf dem Grundstück Schillerslager Landstr. 1
Vorlage: 2007 0091**
-

Mit 30 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Stimmenthaltung fasste der Rat den **nachfolgenden Beschluss:**

Der Rat stimmt dem Entwurf des Städtebaulichen Vertrages zwischen der IGC Immobilien & Grundbesitz GmbH & Co.KG, Hildesheim, und der Stadt Burgdorf zu.

Der Rat beschließt auf der Grundlage des dieser Vorlage anliegenden Vertragsentwurfes (Stand 11.12.06) mit der IGC weiter zu arbeiten und die vertraglichen Vereinbarungen gemäß § 11 BauGB zum Abschluss zu bringen.

15. **Präventionsrat der Stadt Burgdorf;
Berufung des Vorsitzenden der Lenkungsgruppe/der Mitglieder des Präventionsrates, der Mitglieder der Arbeitskreise sowie der Vertreter der im Stadtrat vertretenen Fraktionen im Präventionsrat für die 16. Wahlperiode
Vorlage: 2006 0081 und 2007 0081/1**
-

Ratsvorsitzender Walter begrüßte den anwesenden Herrn Pastor Paul recht herzlich.

Frau Weilert-Penk erinnerte an die Einrichtung des Präventionsrates und an die verdienstvolle Arbeit von Herrn Oberstaatsanwalt Müller. Sie bezeichnete es als eine gute Entscheidung, Herrn Paul zu dessen Nachfolger zu berufen, weil dieser nicht nur aufgrund seiner Arbeit in der Paulus-Gemeinde, sondern auch wegen der Arbeit mit den Menschen vor Ort das Amt des Vorsitzenden der Lenkungsgruppe des Präventionsrates hervorragend ausfüllen werde.

Herr Obst benannte die nachfolgenden Vertreterinnen und Vertreter für die CDU-Fraktion wie folgt:

Frau Ursula Wackerbeck	Vertreter Herr Morich
Frau Christine Gawronski	Vertreter Herr Leunig

Anschließend benannte **Herr Lüddecke** im Namen der FDP-Fraktion folgende Personen:

Frau Prof. Dr. Dr. Wunn	Vertreter Herr Schrader.
-------------------------	--------------------------

Bürgermeister Baxmann teilte ergänzend mit, dass die Verwaltung Herrn Müller eingeladen habe, dieser habe jedoch aus beruflichen Gründen zu der heutigen Ratssitzung nicht kommen können. Die Stadt Burgdorf werde zu einem späteren Zeitpunkt einen geeigneten Rahmen finden, um Herrn Müller für die geleistete Arbeit zu danken.

Danach fasste der Rat den nachfolgenden **einstimmigen Beschluss**:

Der Rat beschließt, anstelle des bisherigen Vorsitzenden der Lenkungsgruppe/des Präventionsrates Herrn Wolfgang Müller für den Zeitraum der 16. Wahlperiode

Herrn Pastor Matthias Paul (St. Paulus-Kirchengemeinde)

in den Präventionsrat der Stadt Burgdorf zu entsenden.

Weiterhin gehören die in der Anlage 3 zum Protokoll genannten Mitglieder der Lenkungsgruppe, sowie die Vertreter der im Rat vertretenen Fraktionen (CDU, SPD je 2; FDP, Bündnis 90/Die Grünen, WGS je 1) an.

Als Gäste gehören die Leiter der Arbeitskreise zur Lenkungsgruppe. Anzahl, Themenschwerpunkte und Mitglieder der Arbeitskreise werden von der Lenkungsgruppe bestimmt.

Die Leiter der Arbeitskreise werden auf Vorschlag der Mitglieder der Arbeitskreise ebenso von der Lenkungsgruppe bestimmt.

Einwohnerfragestunde

Nach Beendigung der Sitzung eröffnete **Ratsvorsitzender Walter** erneut die Einwohnerfragestunde.

Da keine Fragen gestellt wurden, schloss er diese wieder.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender

Protokollführer

